

Beschluss Keine halben Sachen: Für eine konsequent linke Politik und echte Repräsentation ländlicher Räume

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: TOP 8 Anträge

Antragstext

1 Angesichts des Rücktritts des gesamten Bundesvorstands von Bündnis 90/Die Grünen
2 und der Grünen Jugend fordert die Grüne Jugend Neuwied weitreichende
3 strukturelle und inhaltliche Reformen innerhalb der Partei und ihrer
4 Jugendorganisation, um den politischen Herausforderungen unserer Zeit gerecht zu
5 werden. Der Umgang mit der aktuellen Krise zeigt, dass ein "Weiter so" nicht
6 möglich ist. Wir fordern deshalb:

7 1. Eine entschlossene linke Ausrichtung der Partei und Grünen Jugend

8 In Zeiten eines zunehmenden Rechtsrucks in der Gesellschaft darf die Partei
9 keine halben Sachen machen. Wir brauchen eine klare, mutige und linke
10 Positionierung, die folgende Punkte beinhaltet:

11 ● Bekämpfung der sozialen Ungleichheit: Die Grünen müssen eine Politik
12 verfolgen, die gezielt auf die Bekämpfung von Armut, der Wohnungsnot und der
13 prekären Arbeitsverhältnisse ausgerichtet ist. Dazu gehört u.a. die Förderung
14 bezahlbaren Wohnraums, die Abschaffung prekärer Beschäftigungsverhältnisse und
15 die Einführung eines armutsfesten Mindestlohns.

16 ● Klare Klimapolitik: Eine wirklich transformative Klimapolitik muss im Zentrum
17 unseres Handelns stehen, die sich nicht auf bloße Symbolpolitik beschränkt. Wir
18 fordern eine stärkere Regulierung von Konzernen, ambitionierte Maßnahmen zur
19 Senkung der CO₂-Emissionen und einen sofortigen Stopp von Subventionen für
20 fossile Energien.

21 ● Gegen Diskriminierung in allen Formen: Die Partei muss konsequent gegen jede
22 Form von Diskriminierung vorgehen. Dazu gehören stärkere Maßnahmen gegen
23 rassistische Strukturen, den Ausbau der Antidiskriminierungsgesetzgebung und
24 konkrete Programme zur Förderung von marginalisierten Gruppen.

25 ● Klare Orientierung am linken Flügel der Partei: Die Grüne Jugend sollte sich
26 wieder mehr bei der Grünen Partei einbringen – durch sowohl Anträge als auch
27 weitere programmatische Arbeit. Hierbei ist es essenziell, dass diese Arbeit
28 sich als Teil des linken Parteienflügels sieht und ihre Arbeit als solche
29 gestaltet.

30 2. Verbesserte Repräsentation ländlicher Regionen auf allen Ebenen

31 Die Entscheidungsträger der Grünen Partei und der Grünen Jugend sind derzeit
32 überwiegend in urbanen Zentren verankert. Dies führt dazu, dass die Interessen
33 und Herausforderungen von Menschen aus ländlichen Regionen zu oft übersehen
34 werden. Wir fordern daher:

35 ● Berücksichtigung ländlicher Perspektiven bei politischen Programmen und
36 Entscheidungen: In allen relevanten Gremien und Entscheidungsprozessen müssen
37 spezifische ländliche Themen wie Infrastruktur, Mobilität, Bildung und
38 Gesundheitsversorgung mitgedacht werden.

39 ● Förderung und Stärkung ländlicher Ortsgruppen: Wir fordern ein
40 Förderprogramm, das explizit die Gründung und den Ausbau von Ortsgruppen in
41 ländlichen Regionen unterstützt. Dies beinhaltet finanzielle Mittel, Schulungen
42 und Vernetzungsmöglichkeiten, damit ländliche Stimmen nicht nur vertreten,
43 sondern auch gestärkt werden.

44 3. Beteiligung und Transparenz in der Partei

45 Es ist dringend notwendig, die innerparteiliche Demokratie und Transparenz zu
46 stärken, insbesondere in Hinblick auf die Entscheidungen und Abläufe innerhalb
47 der Grünen Jugend. Es darf nicht sein, dass dramatische Entwicklungen wie der
48 Rücktritt des Bundesvorstands unbemerkt oder willentlich ignoriert werden. Daher
49 fordern wir:

50 ● Umfassende Aufarbeitung der Arbeit des Landesvorstands (LaVo) der Grünen
51 Jugend Rheinland-Pfalz. Es muss ein ehrlicher, transparenter Prozess
52 stattfinden, in dem die Rolle des LaVo in den letzten Jahren kritisch
53 hinterfragt wird, insbesondere im Hinblick auf den mangelnden Umgang mit der
54 Krise auf Bundesebene. Diese Aufarbeitung sollte gemeinsam mit Delegierten der
55 KVs geleitet werden, um das erarbeitete Wissen in die lokalen KVs zu vermitteln.

56 ● Stärkung der Mitbestimmung der Basis: Um eine weitere Entfremdung zwischen der
57 Führungsebene und Basis zu verhindern, fordern wir, dass wichtige
58 Entscheidungen, insbesondere in Krisenzeiten, von der Basis mitgetragen werden.
59 Dazu gehört eine engere Abstimmung mit den Ortsgruppen und eine erweiterte
60 digitale Beteiligung bei wichtigen Entscheidungen, z.B. in Form von Online-
61 Abstimmungen.

Beschluss Leitantrag: Mehr für viele, statt für wenige

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: TOP 8 Anträge

Antragstext

1 Es ist Zeit für eine gerechtere Zukunft in Rheinland-Pfalz: Während einige vom
2 Wohlstand profitieren, bleibt für viele der Zugang zu grundlegenden Ressourcen
3 und Chancen eingeschränkt. Dies betrifft nicht nur den ländlichen Raum oder
4 sozial schwächere Schichten, sondern zieht sich quer durch die Gesellschaft:
5 Menschen mit Migrationshintergrund, Frauen, Jugendliche, aber auch ältere
6 Menschen und Familien in prekären Lebenslagen spüren täglich Ungerechtigkeiten,
7 während die Reichen immer reicher werden.

8 Wir können nicht länger zusehen, wie sich diese Kluft vergrößert. Es ist Zeit
9 für einen grundlegenden Wandel: Eine gerechte Umverteilung von Ressourcen und
10 Chancen muss das Ziel sein. Der Anspruch „Mehr für viele, statt für wenige“ darf
11 keine Floskel bleiben, sondern muss in konkretes politisches Handeln übersetzt
12 werden. Rheinland-Pfalz kann und muss zum Vorbild werden, indem es den Zugang zu
13 fairer und guter Bildung, einer menschlichen und nicht profitorientierten
14 Gesundheitsversorgung, Mobilität und sozialer Teilhabe für alle sichert –
15 unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder Wohnort.

16 Integration statt Ausgrenzung – Migration gemeinsam gestalten

17 Migration ist Teil unserer Realität. Menschen kommen nach Rheinland-Pfalz, weil
18 sie hier eine Zukunft suchen – sei es aus wirtschaftlichen Gründen, wegen Krieg
19 oder Verfolgung. Doch anstatt Integration zu fördern, erleben viele
20 Migrant*innen Hürden: sei es durch mangelnde Sprachförderung, erschwerten Zugang
21 zum Arbeitsmarkt oder Diskriminierung im Alltag. Eine faire Umverteilung von
22 Ressourcen bedeutet auch, dass Menschen mit Migrationshintergrund die gleichen
23 Chancen haben müssen wie alle anderen in unserem Land. Wir stehen unausweichlich
24 für ein Menschenrecht auf Asyl und werden nicht erst laut, wenn der Staat durch
25 Abschiebungen Bargeld in die Hände der Taliban gibt. Mit Terroristen verhandelt
26 man nicht!

27 Und auch die Bezahlkarte für Asylsuchende und Migrant*innen ist ein System, das
28 wir ablehnen, weil es Autonomie einschränkt und Menschen stigmatisiert. Statt
29 finanzieller Unterstützung in Form von Bargeld zwingt die Karte die Betroffenen,
30 in bestimmten Geschäften zu kaufen, was ihre Freiheit und Teilhabe stark
31 einschränkt. Durch die Karte können keine öffentlichen Verkehrsmittel genutzt
32 werden oder an sozialen und kulturellen Aktivitäten teilgenommen werden. Zudem
33 führt die Karte zu Ausgrenzung, da sofort sichtbar wird, dass jemand auf
34 staatliche Unterstützung angewiesen ist.

35 Deshalb fordern wir:

- 36 • Verbindliche Sprachförderung ab dem ersten Tag: Jede*r Migrant*in, ob neu
37 zugezogen oder schon länger hier, soll Zugang zu kostenlosen und
38 intensiven Sprachkursen erhalten.
- 39 • Anerkennung ausländischer Abschlüsse vereinfachen: Die Hürden für die
40 Anerkennung beruflicher Qualifikationen müssen gesenkt werden, damit
41 Migrant*innen schneller in den Arbeitsmarkt integriert werden können.
- 42 • Antidiskriminierung stärken: Auf allen Ebenen, ob in der Verwaltung, im
43 Bildungssystem oder am Arbeitsplatz, müssen wir Diskriminierung bekämpfen
44 und Menschen mit Migrationshintergrund die volle Teilhabe garantieren.
- 45 • Die Abschaffung der Bezahlkarte und direkte finanzielle Unterstützung in
46 Form von Bargeld, um den Menschen Selbstbestimmung und Würde zu
47 ermöglichen.
- 48 - Abschiebemoratorium für alle Ausländerbehörden in RLP. Die Überprüfung
49 des Schutzstatus hat höchste Priorität mit dem Ziel einen humanitären
50 Schutz für die größtmögliche Anzahl an Menschen bereitzustellen. Wir
51 widersprechen Abschiebungen im großen Stil und stehen für ein weltoffenes,
52 tolerantes Deutschland für alle! Das Innenministerium RLP ist dazu
53 angewiesen.

54 Gesundheit für alle

55 Ein Blick auf die Gesundheitsversorgung in Rheinland-Pfalz zeigt eine deutliche
56 Schieflage. Während in urbanen Gebieten der Zugang zu Ärzt*innen und
57 Krankenhäusern in der Regel gesichert ist, sieht die Situation auf dem Land
58 düster aus. Der Ärztemangel und die Schließung von Krankenhäusern führen dazu,
59 dass viele Menschen im ländlichen Raum weite Wege für die Gesundheitsversorgung
60 in Kauf nehmen müssen. Das kann nicht akzeptabel sein.

61 Wir wollen ein Gesundheitssystem, welches für alle da ist und setzen uns
62 deshalb ein für:

- 63 • Ärztliche Versorgung im ländlichen Raum sichern: Es braucht gezielte
64 Programme zur Ansiedlung von Ärzt*innen in strukturschwachen Regionen, z.
65 B. durch finanzielle Anreize und flexible Arbeitsmodelle.
- 66 • Krankenhäuser vor Ort stärken: Kleine Krankenhäuser im ländlichen Raum
67 müssen erhalten und finanziell gestärkt werden, um die Grundversorgung
68 sicherzustellen.
- 69 • Telemedizin ausbauen: Digitale Gesundheitsdienste müssen massiv gefördert
70 werden, damit ärztliche Beratung auch per Videosprechstunde möglich ist,
71 um Versorgungslücken zu schließen.
- 72 • Auch fordern wir, dass Profitdenken und die immer weiter fortschreitende
73 Entmenschlichung (Patien*innen als Ware) in unserem Gesundheitssystem

74 keine Rolle mehr spielen. Die Gesundheit ist das größte Gut eines jeden
75 Menschen, mit dieser handelt man nicht!

- 76 • Gesundheitsversorgung für trans-Menschen sicherstellen: Ärzt*innen müssen
77 ausreichend geschult sein, um trans-Patient*innen angemessen behandeln zu
78 können. Stigmatisierungen, Trans-Feindlichkeit oder sonstige
79 Diskriminierungen dürfen vor allem an solch privaten Orten keinen Platz
80 haben!

81 Bildung ist für alle da!

82 Bildung ist der Schlüssel zu sozialem Aufstieg, doch leider ist dieser Schlüssel
83 für viele in Rheinland-Pfalz schwer zugänglich. Noch immer hängt der
84 Bildungserfolg stark von der sozialen Herkunft und dem Wohnort ab. Schulen in
85 benachteiligten Stadtteilen oder ländlichen Regionen sind häufig schlechter
86 ausgestattet, und der Lehrkräftemangel verschärft die Situation. Wenn wir
87 gleiche Chancen für alle wollen, muss das Bildungssystem radikal gerechter
88 werden.

89 Unsere Forderungen enden nicht bei "mehr Schulsozialarbeit" und "mehr Geld für
90 Bildung für nachhaltige Entwicklung" sondern gehen über zu:

- 91 • Chancengleichheit von Anfang an: Kostenfreie und hochwertige frühkindliche
92 Bildung in Kitas muss garantiert sein, unabhängig vom Einkommen der
93 Eltern.
- 94 • Lehrkräfte entlasten: Rheinland-Pfalz braucht ein Sofortprogramm zur
95 Einstellung von mehr Lehrkräften, um kleinere Klassen zu ermöglichen und
96 eine individuelle Förderung sicherzustellen.
- 97 • Pädagogische Ausbildung der Lehrkräfte verbessern: Leider ist die
98 pädagogische Ausbildung oft mangelhaft und damit einher geht ein falscher
99 Umfang mit so verstandenen "Problemkindern", sowohl aus Überforderung als
100 auch mangelndem Verständnis. Da die Schule jedoch ein enorm wichtiger Teil
101 in der sozialen Entwicklung der Kinder ist und ihre Erfahrungen und der
102 Umgang mit ihnen hier ihr weiteres Leben und ihre Entwicklung prägen,
103 fordern wir eine massive Erhöhung der Quantität und Qualität der
104 pädagogischen Ausbildung der zukünftigen Lehrkräfte.
- 105 • Digitale Bildung für alle: Alle Schulen müssen flächendeckend mit moderner
106 IT-Infrastruktur ausgestattet werden. Schüler*innen sollen kostenlos
107 Laptops oder Tablets erhalten, um die digitale Spaltung zu überwinden.
108 Glasfaser für jede Schule
- 109 • Noten abschaffen: Wir sehen Noten als willkürliche Bewertungsmethode an!
110 Alternative Bewertungsmethoden, die pädagogisch wertvoll, transparent und
111 fair streben wir an. Noten sind nicht objektiv oder aussagekräftig, sie
112 schaffen lediglich eine Schule, die auf Konkurrenz basiert. Das System
113 funktioniert nur, wenn Schüler:innen zurückbleiben. Wir wollen eine Schule
114 die, Schüler:innen in den Mittelpunkt stellt. Es geht darum das Beste aus
115 jedem Einzelnen zu machen. Wir sind für eine inklusive Schule - wir
116 stellen Noten in Frage und eine Zwei-Klassen-Gesellschaft dürfen wir in
117 der Bildung nicht zulassen!

118 Ländlicher Raum für alle:

119 Der ländliche Raum in Rheinland-Pfalz ist seit Jahren benachteiligt. Fehlende
120 Infrastruktur, schlechte Verkehrsanbindungen und der Rückzug von
121 Dienstleistungen führen dazu, dass immer mehr Menschen die Dörfer verlassen und
122 in die Städte ziehen. Das Ergebnis: Leerstand, wirtschaftlicher Niedergang und
123 soziale Isolation. Es darf nicht sein, dass der ländliche Raum von der
124 Entwicklung abgehängt wird. So legen wir den Nährboden für eine tiefreichende
125 Unzufriedenheit, bei welcher rechter Populismus einfach verfängt.

126 Wir wollen Schluss mit der Landflucht machen und setzen uns deshalb für:

- 127 • Schnelles Internet für alle: Flächendeckender Breitbandausbau muss zur
128 Priorität werden, damit der ländliche Raum wirtschaftlich und sozial
129 wieder attraktiv wird.
- 130 • Nahversorgung sichern: Es braucht staatliche Förderprogramme, um die
131 Grundversorgung im ländlichen Raum – von Einkaufsmöglichkeiten bis hin zu
132 Post- und Bankdienstleistungen – zu erhalten.
- 133 • Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe: Wir müssen die regionale
134 Wirtschaft durch gezielte Fördermaßnahmen stärken, um Arbeitsplätze vor
135 Ort zu schaffen und Abwanderung zu verhindern.

136 Freie Fahrt für alle

137 Ein funktionierender öffentlicher Personennahverkehr ist ein Grundpfeiler für
138 soziale Teilhabe. Doch der ÖPNV in Rheinland-Pfalz ist nicht nur teuer, sondern
139 oft auch unzuverlässig und schlecht ausgebaut, vor allem im ländlichen Raum.
140 Menschen ohne Auto sind hier massiv benachteiligt. Wenn wir eine gerechte
141 Gesellschaft wollen, müssen wir den ÖPNV radikal ausbauen und für alle
142 zugänglich machen.

143 Forderungen:

- 144 • Ein kostenloses D-Ticket für Schüler:innen, Student*innen, Azubis und
145 Menschen in prekären Lebenssituationen
- 146 • Bessere Anbindung des ländlichen Raums: Der ÖPNV im ländlichen Raum muss
147 ausgebaut werden, mit häufigeren Verbindungen und besserer Taktung.
- 148 • Förderung von E-Mobilität im ÖPNV: Um den öffentlichen Verkehr
149 umweltfreundlicher zu gestalten, müssen mehr Elektrobusse und
150 emissionsarme Verkehrsmittel eingesetzt werden.
- 151 • Tausch Führerschein gegen kostenloses D-Ticket: Es muss die Möglichkeit
152 geschaffen werden, vor allem für ältere Menschen, ihren Führerschein gegen
153 ein kostenloses, lebenslanges D-Ticket tauschen zu können.

154 Eine gerechte und lebenswerte Zukunft für die Jugend

155 Junge Menschen sind die Zukunft unseres Landes, aber oft fehlt ihnen die
156 Unterstützung, die sie brauchen, um ihre Potenziale voll auszuschöpfen. In
157 vielen Regionen gibt es kaum Freizeit- und Bildungsangebote, und die Abwanderung
158 von Jugendlichen aus strukturschwachen Gebieten nimmt weiter zu. Wenn wir

159 verhindern wollen, dass der ländliche Raum weiter ausblutet, müssen wir den
160 jungen Menschen eine Perspektive bieten.

161 Wir wollen:

- 162 • Mehr Jugendzentren und Freizeitangebote: Junge Menschen brauchen vor Ort
163 sichere Räume, in denen sie sich entfalten können – besonders im
164 ländlichen Raum.
- 165 • Ausbildungsplätze schaffen: Es braucht ein landesweites
166 Ausbildungsplatzprogramm, das gezielt in ländlichen Regionen Arbeits- und
167 Ausbildungsmöglichkeiten fördert.
- 168 • Politische Teilhabe stärken: Jugendparlamente und Jugendräte müssen auf
169 Landes- und Kommunalebene mehr Mitsprachemöglichkeiten erhalten, um die
170 Belange der jungen Generation stärker zu berücksichtigen.
- 171 • Senkung des Wahlalters für Kommunalwahlen RLP auf 16 Jahre und auch des
172 passiven Wahlrechts auf 16 Jahre: Die Jugend ist politisiert und verdient
173 eine gerechte Stimme. Wir müssen wahr- und ernstgenommen werden. Die
174 bisherigen Altersgrenzen sind willkürlich und an Strafmündigkeit
175 orientiert. Das ist ein falscher Zusammenhang. Sozialisation und
176 Meinungsbildung beginnen früher. Politische Entscheidungen betreffen jedes
177 Alter - und wie in der Coronakrise erlebt sogar noch sehr ungleichmäßig
178 stark. Zudem reichen die Auswirkungen bis weit in die Zukunft. In die
179 Zukunft unsere Jugend und künftiger Generationen.

180 Mehr Gleichberechtigung und Unterstützung für Frauen statt Privilegien für
181 Wenige

182 Frauen* sind in vielen Bereichen nach wie vor benachteiligt. Ob im Beruf, bei
183 der Bezahlung oder in der politischen Teilhabe – die Gleichstellung ist noch
184 lange nicht erreicht. Frauen tragen oft die Hauptlast der Care-Arbeit und sind
185 in Führungspositionen unterrepräsentiert. Eine gerechte Umverteilung muss auch
186 die Gleichberechtigung der Geschlechter in den Fokus rücken.

187 Lasst uns die Verhältnisse zum tanzen bringen:

- 188 • Gleicher Lohn für gleiche Arbeit: Die Lohnlücke zwischen Männern und
189 Frauen (“gender pay gap”) muss geschlossen werden – dafür braucht es
190 verbindliche Maßnahmen.
- 191 • Stärkung der Frauenhäuser und Beratungsstellen: Frauen, die von Gewalt
192 betroffen sind, müssen besseren Zugang zu Schutz und Unterstützung
193 erhalten. Hierfür brauchen Frauenhäuser und Beratungsstellen eine stärkere
194 finanzielle Unterstützung.
- 195 • Abtreibungen innerhalb der ersten 3 Schwangerschaftsmonate müssen
196 legalisiert werden. Der Körper einer Frau gehört ihr ohne Kompromisse -
197 und keine andere Person als sie darf über ihn bestimmen.

198 Inklusion für alle: Barrieren abbauen, Chancen gerecht verteilen

199 „Mehr für viele statt für wenige“ müssen wir sicherstellen, dass niemand
200 aufgrund von Einschränkungen ausgegrenzt wird. Eine inklusive Gesellschaft
201 bedeutet, dass jede*r die Möglichkeit hat, sich gleichberechtigt einzubringen
202 und am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

203 Besonders in ländlichen Regionen von Rheinland-Pfalz ist der Zugang zu
204 inklusiven Angeboten oft stark begrenzt. Schulen sind nicht ausreichend
205 ausgestattet, um den Bedürfnissen von Kindern mit Behinderungen gerecht zu
206 werden. Es fehlen barrierefreie Zugänge, spezialisierte Lehrkräfte und inklusive
207 Lernmaterialien. Der Zugang zu inklusiven Freizeitangeboten ist ebenfalls stark
208 eingeschränkt – viele Sportvereine, Jugendzentren oder kulturelle Einrichtungen
209 sind für Menschen mit Behinderungen nur schwer nutzbar.

210 Eine gerechte Umverteilung muss hier ansetzen: Inklusion braucht Investitionen
211 in Schulen, Freizeitangebote und öffentliche Räume, damit sie für alle
212 zugänglich sind. Es geht darum, die Barrieren im Alltag abzubauen und
213 sicherzustellen, dass Menschen mit Behinderungen gleichwertige Mitglieder der
214 Gesellschaft sind – ob im Bildungsbereich, am Arbeitsplatz oder in der Freizeit.

215 Unsere Forderungen sind daher klar:

- 216 • Barrierefreie Infrastruktur in Schulen, öffentlichen Verkehrsmitteln und
217 Freizeitstätten muss ausgebaut werden.
- 218 • Inklusionsförderung in Bildung: Mehr spezialisierte Lehrkräfte, kleinere
219 Klassen und ausreichend finanzielle Mittel, um individuelle Förderungen zu
220 ermöglichen.
- 221 • Zugang zu inklusiven Freizeitangeboten: Sport- und Kulturangebote sollen
222 für Menschen mit Behinderungen zugänglich gemacht und finanziell gefördert
223 werden.

224 Obdachlosigkeit konsequent bis 2030 beenden

225 Zu Menschen in der Obdachlosigkeit zählen nicht nur die, die auf der Straße
226 leben, sondern alle, die keinen festen Mietvertrag oder Eigentum aufweisen
227 können. Das Leben ohne eigene Wohnung birgt viele Risiken und erschwert unter
228 anderem die weitere Wohnungssuche, die soziale Teilhabe und gefährdet die
229 Gesundheit. Je länger Menschen ohne Wohnung leben, desto größer sind die Risiken
230 für chronische oder psychische Erkrankungen.

231 Sowohl die EU als auch unsere Bundesregierung haben sich zum Ziel gesetzt, die
232 Wohnungslosigkeit bis 2030 zu überwinden.

233 Dieses Ziel wollen wir mit diesen Forderungen auch in Rheinland-Pfalz umsetzen:

- 234 • niedrigschwellige Angebote für Obdachlose, vor allem für obdachlose
235 Frauen, schaffen: wohnungslose Frauen sind viel eher vom Gewalt betroffen
236 als obdachlose Männer. Gewalt ist auch häufig ein Grund, warum Frauen
237 überhaupt in die Obdachlosigkeit abrutschen.
- 238 • Housing first: Obdachlose Personen oder Familien brauchen als erstes eine
239 stabile Unterkunft, alle anderen Angelegenheiten können danach angegangen

240 werden. Dazu muss jedoch die Sozialarbeit unbedingt auch nach dem Einzug
241 in die eigene Wohnung weitergeführt werden.

242 • Mehr Wohnungen bauen: Logisch, wer Wohnungslosigkeit bekämpfen will,
243 braucht genügend Wohnungen! Dazu gehört aber auch die Bekämpfung des
244 Leerstandes, der in vielen Kommunen herrscht.

245 • Kälte und -Hitzeschutz anbieten: Obdachlosigkeit zu bekämpfen ist ein
246 langer Prozess, bis dahin müssen die Betroffenen weiterhin vor Hitze und
247 Kälte geschützt werden. Diese Maßnahmen müssen stärker finanziert und
248 ausgebaut werden, damit sie nicht auf den Schulzern der Ehrenamtlichen
249 hängenbleiben.

250 Nur mit diese Maßnahmen können wir eine gerechte Umverteilung erreichen, die
251 sicherstellt, dass alle Menschen – unabhängig von ihren individuellen
252 Voraussetzungen – gleichberechtigt am Leben in Rheinland-Pfalz teilhaben können.

253 Gesellschaftliche Umverteilung in Rheinland-Pfalz bedeutet, das Ungleichgewicht
254 zwischen Stadt und Land, zwischen Arm und Reich, zwischen Geschlechtern und
255 Generationen zu überwinden. Wir wollen ein Land, in dem jede*r die gleichen
256 Chancen hat, unabhängig von der Herkunft, dem Wohnort oder dem sozialen Status.
257 „Mehr für viele, statt für wenige“ darf kein Lippenbekenntnis bleiben – es muss
258 zur politischen Realität werden. Es ist Zeit für eine gerechtere Zukunft in
259 Rheinland-Pfalz.

Beschluss 58 Euro sind zu viel - Die Zukunft des Deutschlandtickets sichern

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: TOP 8 Anträge

Antragstext

- 1 Das 49-Euro-Ticket wird teurer! Am 23. September 2024 haben die
2 Verkehrsminister:innen entschieden, das Deutschlandticket ab 2025 auf 58 Euro
3 anzuheben – ein satter Anstieg von 18,3 Prozent, und das ohne jede Verbesserung
4 des Angebots. Diese Preiserhöhung kommt wie ein Schatten über die, die auf
5 Mobilität angewiesen sind, und sorgt für Unverständnis und Unmut.
- 6 Ursprünglich sollte das Deutschlandticket die Türen zur Mobilität weit aufstoßen
7 und die Tarifzonen über Bord werfen – ein verheißungsvolles Versprechen, das nun
8 wie eine Fata Morgana erscheint. Doch die Realität sieht anders aus: Für viele
9 sind selbst die aktuellen 49 Euro unerreichbar! Auszubildende mit mageren
10 Gehältern und Menschen, die von Bürgergeld leben, stehen vor verschlossenen
11 Türen.
- 12 Das Studierenden-Ticket, das über das Solidarmodell funktioniert, droht
13 ebenfalls in der Versenkung zu verschwinden.
- 14 Es ist offensichtlich, dass gerade die Menschen, die dringend kostenlose oder
15 günstige Mobilität benötigen, in dieser Diskussion gnadenlos übersehen werden!
- 16 Wir müssen jetzt handeln und die Stimme derer erheben, die am meisten unter
17 dieser Ungleichheit leiden!
- 18 Als GRÜNE JUGEND RLP fordern wir deswegen:
- 19 • Ein Sozialticket, womit alle diejenigen, die es am meisten
20 brauchen, gut durchs Land kommen. Das inkludiert eine Kostenbefreiung.
 - 21 • Ein 21 -Euro D-Ticket für Auszubildende, damit gerade diejenigen, die kein
22 Job-Ticket bekommen, bezahlbar unterwegs sind und Studierende und
23 Auszubildende endlich gleichgestellt sind.
 - 24 • Ein kostenloses D-Ticket für alle Schüler:innen, damit Kinder und
25 Jugendliche Freizeit und Lernen frei gestalten können.
 - 26 • Unternehmen sollen das Deutschlandticket als Jobticket anbieten.
 - 27 • Kostenlose Fahrradmitnahme.
- 28 Verbesserung der Abo-Konditionen, wie Mitnahmeregelungen und Preisnachlässe für
29 Jahresabonnements.
- 30 • Zusätzliche Option ein Deutschlandticket als Einzelfahrkarte ohne Abo-
31 Modell buchbar zu machen.
- 32 Gemeinsam können wir das Deutschlandticket zu einer nachhaltigen und bezahlbaren
33 Mobilitätslösung für alle machen!
- 34 Mobilität auch weiterhin gemeinsam erkämpfen!

35 Bezahlbares Reisen von A nach B muss für alle Menschen selbstverständlich sein –
36 ohne Ausnahmen! Das 9-Euro-Ticket hat gezeigt, wie es geht, doch das 58-Euro-
37 und das 49-Euro-Ticket sind kein adäquater Ersatz. Der Kampf um günstige
38 Mobilität geht für uns weiter!

39 Es reicht nicht, über Ticketpreise zu diskutieren; wir brauchen einen massiven
40 Ausbau der Infrastruktur und faire Löhne für die Beschäftigten im
41 Verkehrssektor. Das Deutschlandticket leistet einen massiven Beitrag zur
42 transformation in der Wirtschaft und in den Köpfen. Der Verkehrssektor muss
43 seine Klimaziele erreichen. Dazu wollen wir Gleisusbau, Ausbildung,
44 Elektrifizierung und Flottenvergrößerung unterstützen.

45 Als GRÜNE JUGEND RLP setzen wir auf einen intensiven Austausch mit den
46 Mandatsträger:innen unserer Partei und unseren Verbündeten wie zuletzt zu
47 #Wirfahrenzusammen. Gemeinsam kämpfen wir für eine Mobilität, die alle erreichen
48 können – denn Mobilität ist ein Grundrecht!

A5 Ergänzung des Tagesordnungspunktes "Votumsvergabe für die Landesliste zur Bundestagswahl"

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: TOP 8 Anträge

Antragstext

- 1 In der Tagesordnung möge der Tagesordnungspunkt "Votumsvergabe der GRÜNEN JUGEND
- 2 Rheinland-Pfalz für die Aufstellung der rheinland-pfälzischen Landesliste zur
- 3 Bundestagswahl" ergänzt werden.

Beschluss Das Königreich Rheinland-Pfalz

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: TOP 8 Anträge

Antragstext

1 Es war einmal das weit entfernte Königreich „Rheinland-Pfalz“, dessen ganzer
2 Stolz war sein Schloss „Landesverband“. In seinen prächtigen Hallen gingen die
3 hohen Damen und Herren des Geschlechts der Vorstände ein und aus. Dieses Schloss
4 war so eindrucksvoll, dass man noch in den entlegensten Ecken des Herzogtums
5 „Saarland“ von ihm sprach. Das restliche Königreich und seine Dörfer verlor man
6 hingegen schnell aus den Augen. So erging es auch immer häufiger dem königlichen
7 Geschlecht. Ihre ganze Aufmerksamkeit widmeten sie dem Schloss und dessen
8 Hauptherold Sir Instagram. Selten verließen sie ihre Gemächer und so kam es,
9 dass die Dörfer sich selbst überlassen wurden. Zwar erreichten sie gelegentliche
10 Botschaften der Hauptstadt, allerdings mit wenig praktischem Nutzen für die
11 alltägliche Feldarbeit. Die „Turniere der Jahreszeiten“ stellten zwar eine
12 willkommene Abwechslung dar, förderten neben dem Kräftemessen aber nicht den
13 Handel zwischen den Dörfern. Viele der Dörfler:innen wünschten sich von den
14 anderen Gemeinden zu erfahren und von der Schatzkammer des Schlosses zu
15 profitieren.

16 Um dem neuen Herrscherpaar ihre Hochachtung zu zollen und ihre Forderungen
17 bekanntzugeben, machten sie sich auf den weiten weg in die Hauptstadt, guter
18 Dinge dort gehört zu werden.

19 Ihre Forderungen lauteten wie folgt:

- 20 • - Verstärkter Wissensaustausch zwischen Land und Kvs
- 21 • - Mehr Raum für Vernetzung und gemeinschaftliche Problembehandlung in den
22 Camps
- 23 • - Einen regelmäßigen Newsletter des Landesverbands, um auf dem aktuellen
24 Stand zu bleiben
- 25 • - Gemeinsame Insta-Posts mit dem Landesverband (von gem. Reichweite
26 profitieren)
- 27 • - Der Landesverband sollte seine Angebote aktiv an die KVs herantragen
- 28 • -> Im Grunde wünschen wir uns einen LV für die KVs, der sich nicht als
29 separater KV auf Landesebene betrachtet